

Das rumänische Systematisierungsprogramm

MODERNISIERUNG - EIN NEUZEITLICHES VERBRECHEN

5 Das hat gerade noch gefehlt. Während man sich bis vor kurzem unter Anleitung von “Stern” und
“Spiegel” das rumänische Landleben als zutiefst “rückständig” zurechtlegen durfte und dem
speziellen Größenwahnsinn eines industrialisierungswütigen Diktators namens Ceausescu
anlasten sollte, ist seit dem sogenannten “Dorfzerstörungsprogramm” des Conducators alles
10 anders: Mitten im Un-Staat entdecken die Hetzer vom Dienst eine erhaltenswerte Idylle nach der
anderen, wie es sie in ganz Europa nicht (mehr) gibt und die “deshalb” unbedingt vor bösen
großen Bulldozern gerettet werden müssen.

Abgerissene Häuser stehen für unmenschliche Zerstörungswut, dreistöckige Häuser firmieren
neuerdings als gigantische Betonsilos usw. usf. Diese plötzliche Liebe zu bornierten armseligen
Landverhältnissen hat zivilisierte westliche Intellektuelle befallen, die sich ihrerseits hüten
15 würden, ihre Zelte in niederbayerischen 100-Seelen-Käffern mit aufgelösten Zwergschulen und
ohne Tennisplatz aufzuschlagen. Dort, in Rumänien, wissen sie, wird *der Mensch* geknechtet, der
deutscher Abstammung zumindest. Und der wirklich nicht der Ceausescu-Sympathie verdächtige
Dagobert Lindlau muß sich beschimpfen lassen, wenn er in einer Fernsehsendung darauf hinweist,
daß es an diesen Häuschen ohne Wasserleitung und ordentliche Heizung wirklich nichts zu re-
20 novieren gibt. Dieselben Journalisten, die dort “Wahnsinn”, “Unmenschlichkeit” etc. am Werk
sehen, kämen natürlich nie auf die Idee, ihre Herrschaft *hier* unter Beschuß zu nehmen, wenn
Rumänien-Aussiedler in hiesige Betonsilos gepfercht werden - angesichts eines Wohnungsmarkts,
der als eine vorbildliche Einrichtung des Klassenstaats funktioniert, wo man sich eine Wohnung
eben leisten können muß, ist so eine Unterbringung doch eine Glanzleistung staatlicher Fürsorge.

25 Bei dem Zerrbild von Rumänien, das sich freiheitliche Journalisten zurechtgelegt haben, wäre
eine Frage nach den Gründen und Zwecken des “Systematisierungsprogramms” nur störend; das
darf sich auch ein Dagobert Lindlau nicht leisten. Daß die Rumänische Kommunistische Partei
(RKP) den “Gegensatz von Stadt und Land” kritisiert. und die “Arbeits- und Lebensbedingungen
anzugleichen” gewillt ist, wird gerade noch zitiert - aber wie ein Beweis für verbrecherische
30 Absichten. Kein Wunder, daß es da niemanden interessiert, warum ausgerechnet in einem
sozialistischen Staat immer noch vorsintflutliche Lebensverhältnisse auf dem Land bestehen.
Immerhin wurden dort das Privateigentum und die Privatmacht des Geldes abgeschafft, die im
Freien Westen für den Überlebenskampf von Kleinbauern und die Verödung ganzer Landstriche
sorgen. Und immerhin war es ja das Programm der RKP, die *vorgefundenen* armseligen
35 Lebensverhältnisse, die Existenznot und

“diese Dürftigkeit, die auch alle anderen Bereiche des Alltags prägte, von Bildung und
Ausbildung über Wohnverhältnisse, Gesundheitsbetreuung bis hin zur durchschnittlichen
Lebenserwartung” (Neuer Weg, 9.1.88)

zu *revolutionieren*.

Realsozialistische Rekrutierung einer Arbeiterklasse

Was der bürgerliche Staat neben einem gehörigen Einsatz von Gewalt der Sachgesetzlichkeit seiner Ökonomie überließ - die Rekrutierung einer Arbeiterklasse -, das hat die RKP mit materiellen Angeboten betrieben. Das Programm der "Mobilität und Fluktuation von Arbeitskräften", das größere Teile der zu 76% auf dem Land lebenden rumänischen Bevölkerung in die neuen Industriestandorte verpflanzen und keineswegs revolutionierten Bauern beibringen wollte, Fabrikarbeit zu machen, operierte mit der gewollten und beabsichtigten Unterordnung der ländlichen Regionen unter den Zweck der Industrialisierung. An diesen Standorten wurden bis zu 50% höhere Löhne gezahlt und sukzessive alle Errungenschaften der neuen Herrschaft eingeführt, von Kindergärten bis zu Kantinen, Ambulanzen und Sportplätzen. Die "Landflucht" wurde bewußt herbeigeführt, nicht über den Ruin ländlicher Existenzen, wie das eine Marktwirtschaft macht sondern über das Angebot, allererst in den Städten und entstehenden Arbeiterzentren so etwas wie ein zivilisiertes Leben führen zu können. Die "Vernachlässigung" der ländlichen Regionen wurde quasi als Sachgesetz eines Industrieaufbaus in Kauf genommen - und darüber sollten sich jedenfalls nicht jene das Maul zerreißen, die jetzt überall anheimelnde Dorfidyllen entdecken. *Genau so* nämlich erhielten sich die jahrhundertealten Dorflandschaften, die der Westler, der in diesem Freilichtmuseum ja nicht hausen muß, so überaus goutiert.

Die rumänische Bevölkerung sah und sieht es jedenfalls in ihrer großen Mehrheit anders: zwischen 1950 und 1970 wanderten jährlich über 100000 Bauern in die Städte, und die Zahl von Pendlern im Einzugsbereich der Industriestädte wuchs ständig:

"Zwei Drittel der agrikolen Arbeitskräfte sind ohne überzeugende ökonomische Rechtfertigung Städter geworden. Ein Drittel ihres Lebens wird mit Pendeln verbracht. Die Folgen für ihren Arbeitseinsatz, Gesundheits- und Bildungszustand sind verheerend." (Floares, Wissenschaftlicher Dienst 6/1982)

Dieser Zustand ist der Anlaß für das Systematisierungsprogramm:

"In Anbetracht der Tatsache, daß in einigen Kreisen die Gemeinden entvölkert sind", soll die Anzahl der Dörfer reduziert werden

"von den ungefähr 13000 gegenwärtig bestehenden Dörfern müssen wir zu höchstens 5000-6000 gelangen" (Ceausescu, Neuer Weg, 5.3.88) -,

um in denen, "die weiter bestehen sollen", die Arbeits- und Lebensbedingungen an das Niveau der Städte anzugleichen. Den westlichen Zeitungsleser mag es verwundern, aber es ist so: Das "Dörferzerstörungsprogramm" schließt ein Dorfbesiedlungsprogramm ein.

"In einigen Kreisen, wo verschiedenen Bürgern, die nicht in den Betrieben der jeweiligen Städte arbeiten, der Zuzug in die Städte gewährt worden ist, sind Maßnahmen zu ergreifen, damit alle Bürger, die ihre Tätigkeit in den Gemeinden entfalten, noch in diesem Jahr in die Gemeinden übersiedeln... Dies gilt auch für die Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Professoren... Wir müssen nicht nur die Wirtschaftstätigkeit, sondern auch die Gesundheitsbetreuung, das Schulwesen, die politisch-erzieherische Tätigkeit noch mehr an die Volksmassen bringen." (Ceausescu, Neuer Weg, 5.3.88)

Und dafür ist eben auch ein entsprechendes Bauprogramm auf den Dörfern vorgesehen. Übrigens ist die Weigerung vieler Techniker und Ingenieure aufs Land zu gehen - in Bukarest bevorzugen

bis zu 40% der Hochschulabsolventen eine qualifikationsfremde, schlechter bezahlte Tätigkeit - einer der Gründe, warum das Systematisierungsprogramm in den Kreisen um Bukarest begonnen wurde, *ohne* damals das Interesse der siebenbürgengeilen deutschen Presse zu erregen.

Kritik an der eigenen Agrarpolitik

5

Im Unterschied zu westlichen Dorffanatikern hat die RKP eine Kritik an den Arbeitsbedingungen, die sie einem Teil ihrer Bauern verordnet hat. Die über ihre eigene Agrarrevolution hergestellte Sortierung in "hochmechanisierte" *Staatsfarmen* (diese produzieren Futtermittel, agrarische Rohstoffe für die Industrie, Lebensmittel für die Städte und den Export), *Genossenschaften* (den

10 LPG-Bauern werden zusätzlich Privatparzellen zugewiesen, sie arbeiten einen Teil für die Genossenschaft, einen Teil auf ihrem "Hofland") und einen Sektor von *Kleinbauern* (die vor allem im Hügelland und Gebirge herumwerkeln) mag sie nicht mehr leiden.

10

15

Eingerichtet hatte sie sich diese unterschiedlichen Abteilungen *einerseits* aus *Opportunismus* gegenüber dem nicht übermäßig revolutionär eingestellten Bauernstand: Vormalige Staatsgüter und Fürstenländereien, schon damals auf Weizenexport ausgerichtet, wurden zu Staatsfarmen gemacht. Was vor der Machtübernahme als Tagelöhneri, kleines Pachtwesen oder Kleineigentum existierte, wurde in genossenschaftliche Farmen überführt oder eben den Kleinbauern gelassen. Speziell die letzte Abteilung wurde bis in die sechziger Jahre nur in Form von *Naturalienzuteilung* und *-abgabe* (Futtermittel etc. gegen Schafwolle, Eier, Obst und Gemüse) ins

20 sozialistische Aufbauwerk "einbezogen". *Andererseits paßten* die "rückständigen" Bauern der RKP gerade so gut in ihr Aufbaukonzept: Das definierte nämlich die vorgefundenen Zustände in einem "Agrarland" als Ungerechtigkeit - gegenüber der rumänischen *Nation*, Industrialisierung als ein Muß zur Stärkung der *Staatsmacht*, als "vorrangige" Aufgabe gegenüber der Entwicklung der Landwirtschaft und folglich auch die Produktion von landwirtschaftlichen

25 Maschinen als Abzug an der Maschinenproduktion für den Industriebau. Wegen dieser nationalistischen Rechnungsweise, nach der es in erster Linie darauf anzukommen hatte, mit einem Industrieapparat die Unabhängigkeit und Geltung der Staatsmacht zu garantieren, war es der RKP ganz recht, daß Teile der Bauern weiterhin mit ihren urtümlichen Produktionsmethoden und Bauernsitten "zurechtkamen", ohne den staatlichen Investitionsfonds zu "belasten".

20

25

30

1967 wurde erstmals parteioffiziell die "Auffassung" als verfehlt kritisiert,

"nur in die Landwirtschaft, die Staatseigentum ist, zu investieren. Solche verfehlten Meinungen und Auffassungen haben sich dahin ausgewirkt, daß der Ausbau der materiell-technischen Grundlage der Landwirtschaft zurückgeblieben ist, die Bodenmeliorationen vernachlässigt worden sind und der Beitrag der Landwirtschaft zur Entwicklung unserer Volkswirtschaft auf niedrigem Niveau verharret... Unsere Partei trägt die Verantwortung für jeden einzelnen Sektor, ob er nun der staatliche, der genossenschaftliche oder der private ist." (Ceausescu, Wissenschaftlicher Dienst 1/1967)

35

40

Man hatte nämlich feststellen müssen, daß einerseits die auf diese Art und Weise erwirtschafteten Naturalabgaben an die Staatsfonds höchst bescheiden blieben und andererseits auch der staatliche Auftrag an die Kreise, sich mit einigen Produktionselementen und Lebensmitteln "selbst zu versorgen", keineswegs automatisch erfüllt wurde. Jetzt soll es darum gehen,

“die gesamte Landwirtschaft stärker im sozialistischen System der Landwirtschaft zu erfassen, die gesamte Bauernschaft im Rahmen der agro-industriellen Räte in einer Form der Kooperation mit den Genossenschaften oder mit den Staatsbetrieben zu verbinden. Wir werden in den Hügel- und Gebirgszonen, wo es sehr viele Weiden gibt, die nicht rationell genutzt werden, neue staatliche und genossenschaftliche Farmen entwickeln... Gehen wir so vor, daß das genossenschaftliche und staatliche Eigentum sowie seine Rolle in allen Bereichen der Agrarproduktion anwachsen.”
(Ceausescu, “Aprilthesen”, 5.4.88)

Eine schlichte Bestandsaufnahme der materiellen und technischen Erfordernisse einer rationellen Arbeitsteilung auf dem Land - da gäbe es hinsichtlich Selbstkritik einiges zu tun ist dieses Programm freilich nicht. Die RKP leistet sich die kleine Lüge, daß ihre bisherigen “Agrarrevolutionen” entscheidende Maßnahmen zur “rationellen Nutzung” *unterlassen* hätten. Dabei ist die unproduktive Werkelei auf den Kolchosen und bei den Kleinbauern so ziemlich ausschließlich das Resultat ihrer Planung der Agrarproduktion, die die Arbeitskräfte in diesen Sektoren als Lückenbüßer benützt hat, die die mangelnde Ausstattung mit Produktionsmitteln zu kompensieren hatten. Und der Grund, warum ihr das jetzt nicht mehr paßt, hat weniger mit dem Widerspruch zwischen dem sozialistischen Programm einer allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen und der Beibehaltung von unproduktivem kleinbäuerlichem Eigentum zu tun als damit, daß dieser Sozialismus eine ärgerliche *Abhängigkeit* in seinen Außenbeziehungen kritisiert und beseitigen will. Je mehr die Staatsfarmen für die Schuldentilgung produzieren und dabei den Industrieprodukten den Rang ablaufen,

“Die Investitionen zur Entwicklung der Landwirtschaft werden in sehr kurzer Zeit wieder eingebracht und die landwirtschaftlichen Lebensmittelprodukte finden auf dem Weltmarkt einen sicheren Absatz”,

um so enger wird der RKP deren materielle Basis. So werden bis dato als kärglich und wenig ausbeutbar eingestufte Bodenflächen auf einmal reif fürs “sozialistische Eigentum”, und der “Kampf” um den Erhalt bzw. die Nutzbarmachung von “unbebautem Land” ist angesagt. Daß diese neue Befassung mit den Gebirgsgegenden und dem Hügelland den Wohlstand der da ansässigen Bevölkerung nicht sonderlich steigern wird, ist abzusehen. Das Planziel der “Selbstversorgung” spannt die Hoflandbauern und Kleinbauern zunehmend dafür ein, die *inländische Versorgung* mit Lebensmitteln sicherzustellen und den Entzug durch den Lebensmittelexport zu *kompensieren*.

Insofern ist es schon sehr berechnend, wenn die westliche Presse am Systematisierungsprogramm wieder einmal nur die “Willkür” des Conducators ausfindig macht und - ausgerechnet! - ”Realitätsabgehobenheit” und “Weltfremdheit” bemerkt haben will. Was in den westlichen Früchteverwertungs- und Fleischkonservenfabriken landet, ist jedenfalls einigermaßen real und die Ansprüche der Bankenwelt und Erpressungsmänöver der westlichen Staaten nicht minder. Außerdem ist die Sitte, daß sich die Ernährungsgewohnheiten einer Bevölkerung ein bißchen an die Schuldenbedienung anzupassen haben, nun wirklich nicht auf Rumänien beschränkt; auf dem schwarzen Kontinent gibt es da z.B. ein paar Hungerkatastrophen. Wenn sich die westliche Hetze jetzt aber ganz auf Rumänien eingeschossen hat und an dessen Exportpolitik nur noch Größenwahnsinn entdecken will, dann stört sie am Programm dieses Staates nur eines: daß sich Ceausescu diese *Abhängigkeit* durch eine veritable *Schuldentilgung* vom Hals schaffen will. Der

rumänische Staatschef hat mitbekommen, was ihm seine ehemals guten Beziehungen zum Westen eingebracht haben, nämlich einen dauerhaften Rechtstitel auf Teile des Nationalprodukts und den weitergehenden, per Kreditbedingungen angemeldeten Anspruch, die rumänische Ökonomie westlichen Geschäftsinteressen zu unterwerfen. Die rumänische Antwort, dann eben
5 bedingungslos die Schulden zu tilgen, wird als das gewertet, was sie ist: ein Aufstand gegen die imperialistische Geschäftsordnung. In so einem Fall werden dann westliche Menschenrechtsliebhaber aufmerksam! Dann sind sie auf einmal tief erschüttert über den Verzehr von Maisbrei, Schweinefüßen und Gänsehälsen und bestreiten andererseits dem Systematisierungsprogramm, das die rumänische Landwirtschaft für die Sachzwänge des Exports ein bißchen tauglicher machen will, jede *ökonomische* Logik. Als grund- und zweckloses
10 Verbrechen an der Menschenwürde macht es sich nun einmal viel besser.

“Entwicklung” - realsozialistisch

Das Systematisierungsprogramm sieht den Aufbau von “agro-industriellen Komplexen” vor und kritisiert an den ländlichen Regionen eine ungenügende “industrielle Entwicklung”. Damit
15 erinnert sich die RKP an ein seit ihrem Machtantritt verfochtenes Ideal. Die von ihr vorgefundene, unter kapitalistischen Bedingungen vollzogene “Standortverteilung” auf fünf bis sechs industrielle Zentren galt ihr als “anarchisch” bzw. “ungerecht”, sie hat das geradezu zu der “Erblast des Kapitalismus” erklärt (Gheorghiu-Dej, erster ZK-Sekretär der RKP, Wissenschaftlicher Dienst
20 10/1964). Das heutige Programm verlangt eine

“ausgeglichene Standortverteilung der wichtigsten Zweige der materiellen Produktion auf das gesamte Landesterritorium “ (Ceausescu, 3.4.88),

und die Partei ermahnt sich selbst, nicht allein “ökonomische Effizienzkriterien” gelten zu lassen.

Die Kritik daran, daß sich die kapitalistische Kalkulation von Standorten rein an der lohnenden
25 Verwertung von Rohstoffen und Benutzung von Arbeitskräften bemißt, anstatt die natürlichen Gegebenheiten als Lebens- und Genußmittel für die Anwohner zu entwickeln, ist eine Sache. Das Gejammer, daß damit eine “Erblast des Kapitalismus” vorliegt, eine andere. Da wird dem Kapitalismus nämlich eine Schlechtbehandlung von Landesteilen “zugunsten” anderer zum Vorwurf gemacht, als wäre ein kapitalistisches Industriezentrum ein Geschenk an die da
30 konzentrierte Arbeiterklasse. Und das ist eine Beschwerde vom Standpunkt ausgemachter *Nationalisten*, die es dem Kapital übelnehmen, daß es ihnen *zu wenig* Produktivkräfte in ihrem Land, eine “schwache” Nationalökonomie hinterlassen hat.

Rationell ist der daraus abgeleitete Maßstab der *gleichmäßigen* Standortverteilung auch nicht gerade; wo man welche Fabrik aufmachen will, wäre unter dem Gesichtspunkt der Versorgung der
35 Leute mit allem, was sie brauchen, eine reine Zweckmäßighkeitsfrage, abhängig von technischen Kriterien. Daß daraus so etwas wie eine ökonomische *Gerechtigkeitsfrage* wird, ist eine realsozialistische Leistung. Die Beschwerde über die “Ungerechtigkeiten” des Kapitalismus in Sachen “gleichmäßiger Entwicklung” betrachtet die Landesteile nicht einfach nach der Produktion, die in ihnen stattfindet oder aufgebaut werden soll, sondern als nationale Potenzen, die sich
40 gleichermaßen zu bewähren hätten mit Geldleistungen, die sie dem Staat erbringen. Die Gleichsetzung einer vorwiegend agrarisch benutzten Gegend mit *armer Region* unterstellt, daß die

Wirtschaftstätigkeit in einer *Geldbilanz* gemessen wird. Ihr ökonomischer Beitrag soll nicht nur darin bestehen, daß sie nützliche Produkte herstellt das wären dann eben Lebensmittel und agrarische Rohstoffe, die überhaupt nicht weniger nötig und nützlich sind als Industrieprodukte -, sondern er wird danach beurteilt, wie sich das in Geldgrößen darstellt. Verglichen mit Industrieregionen und deren "Umschlag" sehen dann die agrarischen Regionen tatsächlich "arm" aus. An dem Maßstab werden die jeweiligen Planeinheiten *verglichen*:

"Wenn wir 1968 - dem Jahr der administrativterritorialen Neueinteilung - 29 Kreise hatten, die ein allgemeines Tätigkeitsvolumen bis zu 20 Milliarden Lei verwirklichten,... so gibt es heute keinen einzigen Kreis mit einer Wirtschaftstätigkeit unter 20 Milliarden Lei." (5.3.88)

Und demgemäß wird die beklagte Unterentwicklung nicht einfach dadurch beseitigt, daß durch die Entwicklung von Technologie und Maschinenbau Landwirtschaft und industrielle Produktion produktiver gemacht werden; aus dem Ideal einer "gleichmäßigen" Entwicklung als Geldquelle folgt ein finanzielles Bemessungs- und Bezuschussungswesen, was ein ständiges Hin und Her ergibt: Einerseits wird von den finanziellen Beiträgen der Kreise auch die Zuteilung staatlicher Mittel, von Investfonds und sozialstaatlichen Einrichtungen, abhängig gemacht - das soll die Wirtschaftstätigkeit "stimulieren"; und dann muß man sich immer wieder fragen, ob die Kreise den finanziellen Pflichten, der "Selbstfinanzierung" wie den "Abgaben an den Staatsfonds" überhaupt gerecht werden können, wo sie doch so unterschiedlich "entwickelt" sind... So schlägt sich die RKP mit der *Trennung* von materiellem und finanziellem Erfolg der Produktion herum, die sie mit ihrer am Geld orientierten Planungsweise eingerichtet hat.

Das Systematisierungsprogramm stellt in dieser Hinsicht sowohl eine Fortsetzung als auch eine Korrektur der 1968 durchgeführten "administrativ-territorialen Neueinteilung" dar. An der alten glanzvollen Idee, einfach die Kreisgrenzen so zu verlegen, daß Dörfer mit Gemeinden und diese mit Industriestädten zusammengefaßt Planeinheiten bilden, ist den Zuständigen aufgefallen, daß das auch nicht gerade der direkte Weg zu einer schwunghaften Förderung der Reichtumsproduktion war. Jetzt werden die Kreise nach dem seltsamen Gesichtspunkt durchgemustert, welche Sorte (Klein-)Industrie für die jeweils da stattfindende agrarische Produktion "*passend*" ist, und dafür soll dann auch das menschliche Personal entsprechend "gleichmäßig" verschoben werden. Jeder vorwiegend landwirtschaftlich produzierende Kreis soll bis zum Jahr 2000 drei bis vier agro-industrielle Komplexe erhalten. Was für die Landesteile darüberhinaus an "Homogenisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen" herauspringt, wird an *deren* Erträge gebunden, weil der rumänische Staat wiederum den Zwang nicht außer Kraft setzen will, daß sich die Kreise ihre "Entwicklung" auch zu *verdienen* haben. Dieses verrückte Rezept, daß es auf die formelle, quantitativ "richtige" Zusammenfassung von Landwirtschaft, Industrieproduktion und Arbeitspersonal anzukommen hätte, ist mit einer rationellen Kooperation von Agrikultur und Industrie, mit einer Planung, die davon ausgeht, welche Produkte gebraucht werden und was für technische Voraussetzungen dafür zu schaffen sind, wirklich nicht zu verwechseln.

Der Kampf gegen Rückständigkeit und Mystizismus

Neben der "plan-ökonomischen" und "sozialen" Zweckbestimmung hält die RKP den Aufbau von agro-industriellen Komplexen auch für ein kultur-revolutionäres Werk. Irgendwie mag es diese Partei ihren Bauersleuten nicht verdenken, wenn sie so "rückständig" sind wie ihre "materielle Basis". 18 Jahre nach der "kleinen Kulturrevolution" - einer Atheismuskampagne auf dem Land - stellt sie ihren ideologischen Kampf, so wie sie ihn versteht, auf eine "materialistische" Grundlage:

10 "Das Vorhandensein einer starken Arbeiterklasse in jedem Kreis stellt die soziale und politische Grundlage dar für die Entwicklung des revolutionären Klimas und Geistes, für die Festigung des Arbeiter- und Bauernbündnisses mit der Intelligenz, mit allen Kategorien der Ordnung, Disziplin und Verantwortlichkeit in der Arbeit, der kommunistischen Unnachgiebigkeit und Kombattivität..." (5.3.88)

15 Die RKP weiß - siehe ihre Klagen über Unterentwicklung -, daß sie ihren Kleinbauern bislang kaum Gründe geboten hat, sich für einen rumänischen Sozialismus zu begeistern; und sie tut zugleich so, als läge das am Charakter ihrer Arbeit, die "zu wenig mit Technik" zu tun hat. Als wäre besagte "Rückständigkeit" dem Bauernstand als Natureigenschaft zu eigen, solange jedenfalls, als ihm die "Einbindung in die Arbeiterklasse" abgeht. Verkehrt daran ist sicher nicht die Feststellung, daß die RKP die Leute auf den Dörfern ganz und gar nicht für das Projekt eines "entwickelten sozialistischen Rumänien" gewonnen hat. Auch daß sich einiges an Glauben und Aberglauben, Kaffeesatzlesen und Unwillen, den Qualifikationsangeboten nachzukommen, erhalten hat, ist unübersehbar. Verkehrt ist der Maßstab, an dem dieser Staat die "Rückständigkeit" mißt. Ein kleiner Widerspruch ist es nämlich schon, von Leuten, die sich ein sozialistisches Rumänien nie als *ihren* Zweck vorgenommen haben, "kommunistische Unnachgiebigkeit und Kombattivität" zu verlangen. Zumal die RKP den von ihr erwünschten "revolutionären" Geist umstandslos mit *Einsatz- und Dienstbereitschaft* für die nationale Aufgabe, also mit ziemlich strapaziösen Tugenden identifiziert. Daran, was ihre Organisation der Ökonomie für den *Wohlstand* der Leute oder die Erleichterung der Arbeit bringt, will sie sich erst gar nicht messen lassen. Das seltsame Kompliment an die Arbeiterklasse im Unterschied zum Bauernstand verklärt die Fabrikarbeit ja regelrecht zur moralischen Erziehungsanstalt, als ob sich die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung für die Arbeiterklasse nur darin auszuzahlen hätte, daß sie sich jetzt massenhaft und diszipliniert, mit vollem Einsatz um den Staatsreichtum verdient machen darf.

35 Die RKP legt sich den Widerspruch zwischen der Geistesverfassung ihrer Landbevölkerung und der verlangten Einsicht in die "Richtigkeit unserer Politik" auf ihre Weise zurecht. Wenn und soweit es der Staat an *Voraussetzungen* hat fehlen lassen, um die Leute in sein realsozialistisches Aufbauwerk "einzubinden", was die Form des Eigentums, die Befassung mit moderner Technik, die Teilhabe an "sozio-kulturellen Leistungen" oder Bildung angeht, ist er gefragt. Wenn und soweit es die Leute nicht als *diesen* Mangel nehmen, ist der Kampf ebenso notwendig wie aussichtslos:

“Ein Mensch mit wenig Bildung, der ein Ignorant und zurückgeblieben ist, wird stets von Bigotterie und Mystizismus, von allen möglichen Vorurteilen beherrscht sein. Ein solcher Mensch wird stets den rückschrittlichen Einflüssen zur Beute fallen, dem Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus... und er wird bis zum Verrat seines Volkes gehen.”
(Ceausescu, Neuer Weg, 25.6.88)

5

10

15

20

25

30

So und nur so hat das rumänische Systematisierungsprogramm schließlich etwas mit der Minderheitenfrage zu tun; seinen Grund hat es darin überhaupt nicht. In ihrer Volkstümllichkeit haben sich Banater Schwaben, Siebenbürgener Sachsen, Szekler und sonstige Rumänen ungarischer Abstammung nur deshalb erhalten, weil sie größtenteils in den Gebirgs- und Hügelgegenden hausten, für die die rumänische Aufbaupolitik lange Zeit kleinbäuerliches Eigentum passend hielt. Seitdem die BRD da *ihr* Staatsmaterial entdeckt und das per Propaganda unter 500jährigen Deutschland-Flüchtern verbreitet hat, sind etliche dieser niedlichen Dörfer schlicht und einfach durch die Auswanderungsbewegung verödet und taugen wegen des Verlusts der Dorfgemeinschaft als Existenzbedingung auch für die paar verbliebenen Omas nichts mehr. Auch deshalb ist die RKP auf die Idee gekommen, etwas gegen das Absterben der Dörfer und das Brachliegen von Ländereien unternehmen zu müssen. Und schließlich denkt die Partei *genauso* nationalistisch wie so unverdächtige Deutschlandpolitiker wie Genscher, Kohl und Weizsäcker: Die definieren miserable Lebensbedingungen, die die Rumänen uralt- deutscher Abstammung sehr gerecht mit allen anderen Rumänen teilen, exklusiv als Schlechtbehandlung von *Deutschen* als *Mißachtung* der *westdeutschen Staatsgewalt* in ihrer ganzen Macht und Herrlichkeit. Spiegelbildlich hat sich die RKP den patriotischen Verdacht zugelegt, daß die mangelnde Begeisterung für ihr Aufbauwerk, für den Dienst an der Nation, daran liegen könnte, daß sich Teile ihrer Staatsbürger von auswärtigen Mächten zum Vaterlandsverrat haben abwerben lassen. Und so ganz unrecht hat sie damit ja auch nicht. Immerhin hat sich jetzt auch das sozialistische Ungarn das Beispiel der BRD einleuchten lassen und ficht seine nationalistischen Ansprüche gegen Rumänien am Material seiner Ungarn-Rumänen aus. Das will sich jetzt alle Welt unbedingt als nur zu berechnete staatliche Fürsorge einleuchten lassen. *Mehr*, als daß es die *richtige* Staatsgewalt sein soll, von der sich das Menschenmaterial herumkommandieren lassen muß, wird damit aber nicht eingeklagt - vom Standpunkt der Betroffenen ein ziemlich bescheidenes Anliegen. Diejenigen, die das Aussiedeln mit einer Karriereplanung verwechseln, sollten sich lieber einmal klarmachen, daß sie damit nur unter ein anderes Herrschaftsprogramm geraten, dessen Pflichten auch nicht ohne sind.

35

Die westliche Propaganda sieht das bekanntlich ziemlich anders. Und deshalb soll man mitten im 20. Jahrhundert das Schleifen von Dörfern als Menschenrechtsverbrechen erster Klasse begreifen und die Aufrechterhaltung von Dialektsprachinseln und Ackerbau mit handgeschnittenen Pflügen, wie sie der Kapitalismus längst ausgeradiert hat, als Herzensanliegen.

40